

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 03.06.2019

Partizipation heißt Zukunft II - München bekommt Profis für die Partizipation

Antrag

In München werden in Zusammenarbeit mit im Bereich Partizipation besonders erfahrenen Trägern der Jugendhilfe vier Fachleute für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen etabliert, die in ihren jeweiligen Regionen federführend zur Unterstützung von Belangen der Kinder und Jugendlichen eintreten. Sie unterstützen Einrichtungen, die sich im Bereich Partizipation verstärkt einsetzen wollen, bieten Fortbildungen an, wie Teilhabe für die verschiedensten Gruppen am besten gelingt und sehen sich als Scharnier zwischen den Wünschen der Kinder und der örtlichen oder überörtlichen Politik.

Begründung:

Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat in München Tradition. Schon seit vielen Jahren gibt es die verschiedensten Ansätze, um die jüngeren Bürgerinnen und Bürger in das Stadtgeschehen einzubinden und ihnen eine selbständige Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen. Es gibt freie Träger in der Jugendhilfe, die sich die demokratische Bildung zum Hauptanliegen gemacht haben – und es gibt wohl kaum noch einen Träger, der Kinder- und Jugendbeteiligung für überflüssig hält. Mit dem Büro der städtischen Kinderbeauftragten und der in der Jugendhilfeplanung angesiedelten Stelle für Kinder- und Jugendbeteiligung setzt sich das Jugendamt zudem dafür ein, Kinder- und Jugendbeteiligung zu fördern und als Querschnittsthema in der Verwaltung zu etablieren.

Dennoch gaben bei der letzten Münchner Jugendbefragung (2017) 46 Prozent der befragten Jugendlichen an, dass ihre Interessen in München nicht ausreichend ernst genommen und gehört werden. 60 Prozent wünschen sich mehr Unterstützung von der Politik für ihre individuellen Interessen und Bedürfnisse.

Vier Profis, die sich ausschließlich um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen kümmern, garantieren, dass dieses Thema nicht durch irgendwelche Sachzwänge hintangestellt wird. Viele Jugendeinrichtungen haben ein breites Beteiligungsangebot und wollen nur ein Feedback, ob sie die bestehende Bandbreite sinnvoll nutzen. Andere sind eventuell mit neuen Gruppen konfrontiert und brauchen Unterstützung, um neue passende Formate zu entwickeln. Wie z.B. lässt sich Geflüchteten unsere Idee der Teilhabe am besten vermitteln? Wie stimmt die engere Struktur von Schule mit unseren Ideen der Selbstbestimmung überein? Aber auch die Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen mit den Bezirksausschüssen fällt sehr unterschiedlich aus. Teils gibt es langjährig engagierte Kinder- und Jugendbeauftragte, die

regelmäßig vor Ort unterwegs sind. Doch in anderen BAs sind diese Stellen vielleicht gerade neu besetzt worden und die Beauftragten haben mit Partizipation noch nicht viele Erfahrungen gemacht haben. In all diesen Fällen wäre es sehr hilfreich, wenn eine erfahrene Fachkraft zur Unterstützung bereitstünde.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth	Katrin Habenschaden	Thomas Niederbühl	Sabine Krieger
Anja Berger	Herbert Danner	Paul Bickelbacher	Dominik Krause
Oswald Utz	Angelika Pilz-Strasser	Jutta Koller	Anna Hanusch
Sabine Nallinger	Sebastian Weisenburger		

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 03.06.2019

Partizipation heißt Zukunft IV – Höherer Stellenwert von Kinder- und Jugendbeteiligung in der Verwaltung

Antrag

Der Oberbürgermeister wird gebeten die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen so in der Verwaltung zu verankern, dass sie nicht am städtischen Good Will oder den gerade zur Verfügung stehenden Ressourcen scheitern kann. Dazu bedarf es eines regelmäßig tagenden Fachgremiums, das die Umsetzung aller kommunalen Beteiligungsprozesse und Beteiligungsthemen im Blick hat, die Realisierung der Vorschläge lösungsorientiert über Referatsgrenzen hinweg befördert und dem Stadtrat regelmäßig Bericht erstattet. Das Fachgremium sollte sich aus Stadträtinnen, freien Trägern sowie VerwaltungsmitarbeiterInnen, die ein Mandat haben sowie mit zeitlichen und finanziellen Ressourcen und Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sind, zusammensetzen. Besonders wichtig ist, dass dieses Gremium den Auftrag erhält, die Umsetzung von Kinder- und Jugendanliegen zielgruppen- und lösungsorientiert zu befördern. Der Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung wird gebeten, den Stellenwert dieses Themas in der Verwaltung deutlich zu machen.

Begründung:

Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat in München Tradition. Schon seit vielen Jahren gibt es die verschiedensten Ansätze, um die jüngeren Bürgerinnen und Bürger in das Stadtgeschehen einzubinden und ihnen eine selbständige Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen. Es gibt freie Träger in der Jugendhilfe, die sich die demokratische Bildung zum Hauptanliegen gemacht haben – und es gibt wohl kaum noch einen Träger, der Kinder- und Jugendbeteiligung für überflüssig hält. Mit dem Büro der städtischen Kinderbeauftragten und der in der Jugendhilfeplanung angesiedelten Stelle für Kinder- und Jugendbeteiligung setzt sich das Jugendamt zudem dafür ein, Kinder- und Jugendbeteiligung zu fördern und als Querschnittsthema in der Verwaltung zu etablieren.

Die bereits seit langem bestehende AG Partizipation ist in diesem Kontext ein richtiges und wichtiges Gremium. Doch ist nicht sichergestellt, dass die hier geführten Diskussionen zu tatsächlichen Aktivitäten in der Verwaltung führen. Die VerwaltungsvertreterInnen haben keine Kompetenzen das Besprochene verbindlich in ihre Referate einzuspeisen. Wir fordern ein Gremium, dass verbindliche Absprachen treffen kann - ob dies durch eine Umgestaltung der AG Partizipation geschehen soll oder ein neues Gremium entwickelt wird, soll mit den entsprechenden Fachleuten geklärt werden. Wenn wir die Partizipation von Kindern und

Jugendlichen wirklich ernst nehmen wollen, ist es wichtig, dass der Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung sie auch zu seinem Schwerpunkt macht.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth	Katrin Habenschaden	Thomas Niederbühl	Sabine Krieger
Anja Berger	Herbert Danner	Paul Bickelbacher	Dominik Krause
Oswald Utz	Angelika Pilz-Strasser	Jutta Koller	Anna Hanusch
Sabine Nallinger	Sebastian Weisenburger		

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 03.06.2019

Partizipation heißt Zukunft VI – Modellprojekt #stadtsache in den Sommerferien 2020 umsetzen!

Antrag

I) Das Stadtjugendamt wird aufgefordert während der Sommerferien 2020 mithilfe der Stadtentwicklungs-App #stadtsache ein Modellprojekt zur digitalen Stadtteilerkundung für Kinder und Jugendliche ab dem Vorschulalter einzurichten.

II) Das Stadtjugendamt stellt hierfür eine ausreichende pädagogische Betreuung der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen an 5 ausgewählten Tagen für die Erkundung von je 5 Stadtbezirken sicher. Dies soll durch eine entsprechende Ausschreibung für soziale Träger sichergestellt werden. Das Angebot wird zielgruppenspezifisch in den städtischen Bildungseinrichtungen, sozialen Wohnangeboten und Flüchtlingsunterkünften sowie durch eine digitale Informationskampagne auf der städtischen Homepage und in den sozialen Medien beworben.

III) Die Ergebnisse der digitalen Stadtteilerkundung werden durch das Stadtjugendamt ausgewertet und in einen offiziellen Ergebnisbericht überführt. Dieser wird dem Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe- sowie dem Verwaltungs- und Planungsausschuss unter Beteiligung der Bezirksausschüsse vorgestellt. Spätestens 2021 erarbeiten basierend auf dem Bericht alle interessierten Teilnehmenden, beteiligten Fachkräfte sowie Politik und Verwaltung an einem Runden Tisch „München lebt Jugend“ konkrete umsetzbare Projekte. Für die Umsetzung der ausgewählten Projekte und für weitere Partizipationsmodelle wird ab 2021 ein städtischer Kinder- und Jugendbeteiligungstopf in Höhe von einer halben Million Euro bereitgestellt. Kostenübernahmen durch die städtischen Bezirksausschüsse sollen ebenfalls unbürokratisch möglich sein. Über die Umsetzung der beschlossenen Projekte wird dem Stadtrat und allen Beteiligten regelmäßig durch die verantwortliche Stelle Bericht erstattet.

IV) Zusätzlich wird die App #stadtsache dem städtischen Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe- sowie dem Verwaltungs- und Planungsausschuss mit Fokus auf weitere Optionen zur Einbindung der App in die Arbeit der Verwaltung vorgestellt.

V) Anschließend an die Pilotphase bietet die Stadt das Angebot der digitalen Stadtteilerkundungen alle 3 Jahre ab 2024 als Bestandteil der im gleichen Turnus stattfindenden Münchner Jugendbefragung an.

Begründung:

Die letzte Münchner Jugendbefragung (2017) offenbarte beunruhigende Zahlen. So gaben 46 Prozent der befragten Jugendlichen an, dass ihre Interessen in München nicht ausreichend ernst genommen und gehört werden. Gleichzeitig gaben 60 Prozent der Befragten an, dass sie sich mehr Unterstützung von der Politik für ihre individuellen Interessen und Bedürfnisse wünschen. Für ein detailliertes Bild der individuellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ist es notwendig, ihnen niederschwellige Instrumente nahe ihrer Lebensrealität anzubieten. Smart Devices sind mittlerweile für die sehr große Mehrheit der Kinder und Jugendlichen ein selbstverständlicher Teil ihres Alltags und sollten deswegen unbedingt als große Chance erkannt werden, das Zugehörigkeitsgefühl zur Stadtgemeinschaft durch demokratische Mitgestaltung der eigenen Lebensumwelt und des öffentlichen Raums zu stärken. Dies ist ein Recht, das im übrigen auch die UN Kinderrechtskonvention explizit vorsieht.

Die crossmediale Open Source App #stadtsache (<https://stadtsache.de/>) ist ein in diesem Kontext von der Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020 gefördertes Projekt und wurde bereits mehrfach mit großem Erfolg in deutschen Kommunen eingesetzt, beispielsweise in Hagen oder Iserlohn (<https://tv58.wordpress.com/2018/11/02/stadtsache-briefe-an-den-oberbuergermeister/> , https://flowpage.de/publication/kijurat_1/). Die App ist ein altersübergreifendes innovatives Tool für Kinder und Jugendliche ab dem Vorschulalter zur aktiven Erkundung und Bewertung der eigenen Umgebung. Die Kinder und Jugendlichen sollen dabei mit ihren eigenen Smart Devices in freier Entscheidung Fotos von öffentlichen Plätzen und Räumen mit aus ihrer Sicht besonderer Bedeutung für das Stadtbild und die eigene Lebensrealität machen, sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht. Die jeweilige Bewertung kann dabei durch eine Vielzahl an kreativen audiovisuellen Bildgestaltungen und Kommentarfunktionen vorgenommen werden. Die Ergebnisse lassen sich auch mit anderen NutzerInnen der App teilen und werden auf einem Web-Interface gesammelt. Die Wahrung des Datenschutzes ist durch einen eigens bereitgestellten Server in Deutschland gesichert.

Die kostenfreie Version der App verfügt bereits über 35 vorinstallierte Fragen und Suchaufgaben. Zusätzlich stellen die EntwicklerInnen kostenloses Projektmaterial zur Verfügung. Für die Erkundungstouren können zudem für einen Unkostenbeitrag von 10 Euro pro TeilnehmerIn für 6 Monate digitale Gruppen gebildet werden, denen im Vorfeld durch AdministratorInnen auch spezielle Aufgaben und Fragestellungen zugeordnet werden können (z.B. Bewerte die Spielmöglichkeiten in Schwabing! Was macht deinen Lieblingsplatz in Aubing zum Lieblingsplatz? Wo fühlst du dich nachts im Englischen Garten unwohl?). Über Optionen der Anwendung dieses Zusatztools und die generelle Konzeption des Projekts hinsichtlich geeigneter Fragestellungen bei ausreichender Vergleichbarkeit und der anschließenden Auswertung wird im Rahmen von 2-3 Vorbereitungsworkshops mit den EntwicklerInnen, VertreterInnen der bis dahin ausgewählten städtischen oder freien pädagogischen Fachkräfte, des Stadtjugendamtes sowie der StadtschülerInnenvertretung entschieden. Die Möglichkeit, an den Tagen selbst Fragenwünsche der Jugendlichen zu ergänzen sollte dabei berücksichtigt werden.

Im Rahmen des Modellprojekts in den Sommerferien 2020 werden dann an 5 Tagen ausgehend von zentralen Treffpunkten jeweils 5 Stadtbezirke durch die Kinder und Jugendlichen erkundet. Zusammenfassen kann man hier beispielsweise die Innenstadt (Bezirke 1, 2, 3, 5, 8), den Münchner Westen (Bezirke 20, 21, 22, 23, 25), den Münchner Norden (Bezirke 4, 9, 10, 11, 24), den Münchner Süden (Bezirke 6, 7, 17, 18, 19) sowie den Münchner Osten (Bezirke 12, 13, 14, 15, 16). Die Jugendlichen haben dabei innerhalb eines festgelegten zeitlichen Rahmens die freie Wahl des Bezirks und der Route. Hier muss eine ausreichende Begleitung der Kinder und Jugendlichen durch eine angemessene Zahl an pädagogischen Fachkräften sichergestellt sein,

die durch eine verbindliche Online-Anmeldung im Vorfeld ermittelt wird.

Durch die Stadtteilerkundungen entsteht ein detaillierter, direkter und unkonventioneller Eindruck, wie die Kinder und Jugendlichen den jeweils ausgewählten Raum erfahren und welcher Handlungsbedarf ihren Bedürfnissen entsprechend besteht. Die App ist dabei sehr niederschwellig, inklusiv und milieuübergreifend nutzbar, da die meisten Funktionen auch mit Bildanweisungen erklärt werden. Auch geringe Sprach- und Schreibkenntnisse im Deutschen sind deswegen wenig hinderlich. Die App läuft auf allen Android und iOS Smartphones und Tablets. Auch Kinder und Jugendliche ohne Smart Devices werden nicht ausgeschlossen, da mehrere Personen gleichberechtigt ein Endgerät benutzen können. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt anschließend wie im Antragsteil beschrieben.

Wer heute Kind ist, entscheidet morgen über die Zukunft unserer Städte. Die Umsetzung dieses Antrags wäre ein außerordentlich großer Schritt hin zu moderner, ernstgemeinter Kinder- und Jugendbeteiligung in München.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth	Katrin Habenschaden	Thomas Niederbühl	Sabine Krieger
Anja Berger	Herbert Danner	Paul Bickelbacher	Dominik Krause
Oswald Utz	Angelika Pilz-Strasser	Jutta Koller	Anna Hanusch
Sabine Nallinger	Sebastian Weisenburger		

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 03.06.2019

Partizipation heißt Zukunft VII – Modellprojekt „Diskurswerkstatt“ in allen 25 Münchner Bezirken umsetzen!

Antrag

- 1) Das Stadtjugendamt und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung werden aufgefordert im kommenden Jahr in allen 25 Bezirken Münchens jeweils zweitägige Diskurswerkstätten für Kinder und Jugendliche an geeigneten zentralen Standorten durchzuführen.
- 2) Bei der Umsetzung des Modellprojekts soll von Anfang an mit dem JFF (Jugend – Film – Fernsehen) - Institut für Medienpädagogik kooperiert werden.
- 3) Die Ergebnisse werden durch das Stadtjugendamt und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung unter Einbindung aller beteiligter AkteureInnen evaluiert und dem Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe- sowie dem Verwaltungs- und Planungsausschuss im Stadtrat verbunden mit entsprechenden Handlungsempfehlungen vorgestellt. Für die Umsetzung ausgewählter Handlungsempfehlungen und für weitere Partizipationsmodelle wird ab 2021 ein städtischer Kinder- und Jugendbeteiligungstopf in Höhe von einer halben Million Euro bereitgestellt. Kostenübernahmen durch die städtischen Bezirksausschüsse sollen ebenfalls unbürokratisch möglich sein. Über die Umsetzung der beschlossenen Projekte wird dem Stadtrat und allen Beteiligten regelmäßig durch die verantwortliche Stelle Bericht erstattet.
- 4) Die Ergebnisse des Modellprojekts werden in die nächste und alle weiteren Münchner Jugendbefragungen integriert und das Angebot ab 2021 jedes Jahr umgesetzt.

Begründung:

Die letzte Münchner Jugendbefragung (2017) enthielt beunruhigende Zahlen: So gaben 46 Prozent der befragten Jugendlichen an, dass ihre Interessen in München nicht ernst genommen und gehört würden. Gleichzeitig gaben 60 Prozent der Befragten an, dass sie sich mehr Unterstützung durch die Politik für ihre individuellen Interessen und Bedürfnisse wünschten. Hauptproblempunkte bildeten dabei mangelnde Freizeitgestaltungsangebote und eine unzureichende jugendfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raumes.

Die Ergebnisse der Jugendbefragung zeigen, wie wichtig es ist, dass Kinder und Jugendliche der Stadtverwaltung und dem Stadtrat regelmäßig direktes Feedback geben. Nur so können die richtigen politischen Schlüsse gezogen werden, um die Stadt auch im Sinne der jungen Generation zu gestalten – der Generation, die im Stadtrat und in der Stadtverwaltung am wenigsten repräsentiert ist. Hinzu kommt: Wer sich in seiner Stadt nicht ernstgenommen fühlt, wird diese heute und in Zukunft auch nicht selbst zum Besseren gestalten wollen.

Die Jugendbefragung ist als Instrument der Meinungsbildung für die Stadt durchaus positiv zu sehen. Allerdings reicht es nicht aus, alle drei Jahre eine Umfrage mit insgesamt sehr generell gehaltenen Fragen durchzuführen. Der Wert des Feedbacks durch Kinder und Jugendliche an die Stadt basiert auch auf der Aktualität der jeweiligen Problempunkte, der Möglichkeit, standortbezogene Erfahrungen zu äußern sowie dem Angebot, auf negative Erfahrungen im persönlichen, direkten Austausch einzugehen. Diese Möglichkeit bietet die Jugendbefragung nicht in ausreichender Form. Deswegen ist es angebracht, das Angebot entsprechend zu erweitern.

Das vom JFF - Institut für Medienpädagogik entwickelte Format der Diskurswerkstätten bietet hierbei die große Chance, ein zusätzliches niederschwelliges und innovatives Format der Kinder- und Jugendbeteiligung in München umzusetzen. Erste positive Erfahrungen wurden bereits im Rahmen des Planungsverfahrens für den Münchner Nordosten gemacht (https://www.plan-nord-ost.de/plan_nord_ost/). Für eine Diskurswerkstatt wird an einem geeigneten, von Jugendlichen vielbesuchten Ort, beispielsweise dem örtlichen Skate-Park, der S-Bahn-Haltestelle, dem Kino oder der Bibliothek, eine sogenannte mobile Talkbox aufgestellt. Dazu werden gemütliche Sitzmöglichkeiten geschaffen, um die Jugendlichen zum spontanen Verweilen zu bewegen und um sie anzuregen, über ihre aktuellen positiven und negativen Erfahrungen in der Stadt bzw. ihrem Bezirk oder Viertel zu berichten.

Dies kann auf unterschiedlichste Weise passieren. Grundlegender Bestandteil ist immer das Angebot eines Video-Interviews, das optional auf einen entsprechenden Youtube-Channel zur Multiplikation in den Sozialen Medien geladen werden kann. Zudem werden niederschwellige Tools auf bereitgestellten Tablets zum Festhalten von Ideen und Problempunkten, Flipcharts mit entsprechenden Grafiken Münchens und des jeweiligen Bezirks, entsprechende Materialien zur grafischen Gestaltung derselben oder einfach nur Post-Its für einen Ideenaustausch angeboten. Die Standorte und das genaue Konzept werden im Vorfeld mit dem JFF - Institut für Medienpädagogik vereinbart, das auch die Umsetzung der Talkboxen vor Ort begleitet. Durch das zweitägige Angebot wird ein entsprechender Informationsfluss über die Möglichkeit der Teilhabe unter den Jugendlichen begünstigt.

Durch die Umsetzung des Modellprojekts in allen 25 Stadtbezirken erhalte die Stadt München jährlich aktuelle Einblicke in die Probleme und Wünsche der Münchner Jugendlichen vor Ort. Die nach Bezirken ausdifferenzierten Ergebnisse würden die Informationen der Jugendbefragung ergänzen. Durch die Niederschwelligkeit des Formats werden Kinder und Jugendliche aus allen Gesellschaftsmilieus angesprochen und das Gefühl des ehrlichen Interesses an der jeweiligen Lebensrealität geschaffen. Die Ergebnisse schaffen somit das benötigte detaillierte Bild, das die Kinder und Jugendlichen Münchens auf die Stadt haben und befähigen Politik und Verwaltung Münchens, in Tiefe auf die Bedürfnisse der jungen Generation einzugehen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth	Katrin Habenschaden	Thomas Niederbühl	Sabine Krieger
Anja Berger	Herbert Danner	Paul Bickelbacher	Dominik Krause
Oswald Utz	Angelika Pilz-Strasser	Jutta Koller	Anna Hanusch
Sabine Nallinger	Sebastian Weisenburger		

Mitglieder des Stadtrates

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
80331 München

DIE LINKE.

Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

München, 24.09.2021

Stadtjugendrat etablieren

Antrag

Die Stadt gründet einen Stadtjugendrat nach dem Vorbild von Fürstenfeldbruck.¹

Die ehrenamtliche Vergütung des Stadtjugendrates orientiert sich an der Vergütung der ehrenamtlichen Stadträtinnen der Landeshauptstadt München.

Es ist darauf hinzuwirken, dass der Stadtjugendrat divers besetzt wird.

Begründung

Ein Mitspracherecht für die Jugend ist wichtig für das Stadtgefüge, denn 66,6% (also 2/3) der befragten der 3. Münchner Online-Jugendbefragung 2020 würden gerne mehr über "die Politik in der Stadt München" mitentscheiden können.²

Zwar gibt es eine sehr gut agierende Stadtschülerinnenvertretung in München und auch das Haus der SchülerInnen, aber um die Bedürfnisse aller Jugendlichen – ob Schüler*In oder nicht zu vertreten und um diese Belange in der politischen Ebene zu verankern, ist ein Stadtjugendrat unabdingbar.

Der Stadtjugendrat kann so im direkten Draht mit der Stadtspitze und der Verwaltung bei Entscheidungen, die ihre Themen betreffen, mitsprechen und Änderungen einbringen.

Die Stadt Fürstenfeldbruck dies bereits erfolgreich etabliert und kann als positives Beispiel herangezogen werden.³

Initiative

Stadträtin Marie Burneleit
Stadtrat Thomas Lechner

Gezeichnet

Stadträtin Brigitte Wolf
Stadtrat Stefan Jagel

¹ https://www.jugendportal-ffb.de/ffb/jugendportal.nsf/id/pa_dgrss7txh8r.html

² <https://jugendbefragung-muenchen.de/>

³ https://www.jugendportal-ffb.de/ffb/web.nsf/id/pa_dgrss78sqe2r3.html

Dieser Antrag ist im Generischen Femininum formuliert: es gelten grammatikalisch feminine Personenbezeichnungen gleichermaßen für Personen mit nicht-binärem, weiblichem, und männlichem Geschlecht. Dieser Antrag entspricht im Rahmen der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit den Sustainable Development Goals (SDGs) 10 & 16.

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 14.10.2021

Partizipation junger Menschen weiter stärken! - Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Querschnittsaufgabe in der Stadt verankern

Antrag

Die Verwaltung der Landeshauptstadt München (d.h. alle Referate, die von Kinder- und Jugendbelangen wesentlich tangiert sind) wird beauftragt, in Kooperation mit den Freien Trägern der Jugendhilfe – ausgehend von den bestehenden Konzeptionen – ein Rahmenkonzept zu erstellen, wie diesen eine aktivere, intensivere und direktere Beteiligung ermöglicht werden kann. Die Federführung übernimmt dabei das Sozialreferat.

Das Konzept schließt mit ein, wie diese Querschnittsaufgabe perspektivisch in der Stadtverwaltung verankert werden kann sowie verbindliche Verfahren, die echte Teilhabe ermöglichen.

Außerdem ist zu prüfen, in welcher Form jungen Menschen selbst auch ein Antragsrecht auf stadtweiter Ebene zugesprochen werden kann und wie diese mit einem eigenen Budget komplementiert werden können.

Hier sollte insbesondere erwogen werden, wie schon auf der Ebene der Bezirksausschüsse mit ihren Kinder- und Jugendbeauftragten eine direkte Beteiligung z. B. in Form von "Bürger*innenversammlungen" von jungen Menschen unter 18 Jahren möglich ist. Im Rahmen dieser Versammlungen könnten seitens der Jugendlichen Anträge gestellt werden, die von der Verwaltung ähnlich der Anträge aus Bürgerversammlungen zu bearbeiten wären. In diesem Rahmen könnten Ideen und Vorschläge von jungen Menschen, die ganz konkret ihr Stadtviertel betreffen (z. B. die Beleuchtung an Bolzplätzen, das Aufstellen von Bänken etc.) direkt in die Verwaltung eingebracht werden. An den Versammlungen könnten neben den Kinder- und Jugendbeauftragten der Bezirksausschüsse auch weitere BA-Mitglieder, Vertreter*innen der Verwaltung, vor allem aber die Kinder und Jugendlichen aus dem jeweiligen Stadtviertel teilnehmen.

Um eine breitere und niederschwellige Beteiligung möglichst vieler junger Menschen zu ermöglichen, sind auch digitale Beteiligungsformate in Betracht zu ziehen und eine digitale Antragstellung zu ermöglichen.

Da der Zeitfaktor bei jungen Menschen ganz anders ist als bei Erwachsenen, sind für die Bearbeitung aller Anträge und Anliegen möglichst kurze Fristen anzusetzen. Ebenso ist eine konkrete Ansprechperson bei der Verwaltung zu benennen. Die Kommunikation ist in verständlicher und kind- bzw. jugendgerechter Sprache zu formulieren.



Begründung

Nicht nur die letzte online-Jugendbefragung hat den Wunsch junger Menschen artikuliert, in Entscheidungsprozesse stärker eingebunden zu werden und ein stärkeres Beteiligungsrecht zu erhalten. Auch im Kontext der Corona-Pandemie haben sich junge Menschen zu wenig gehört und berücksichtigt gefühlt.

Gerade für nicht wahlberechtigte junge Menschen sollte deshalb neben den bereits bestehenden Beteiligungsrechten eine weitere und direktere Partizipation ermöglicht werden, die auch tatsächlich zu einer Umsetzung der geäußerten Bedürfnisse und Belange führen kann. Das Format der „Bürger*innenversammlungen“ kann die Partizipation und Teilhabe der jungen Menschen weiter verstärken, insbesondere, wenn es um konkrete Projekte und Anliegen im eigenen Viertel geht. Gleichzeitig ist klar, dass Partizipation nur dann ernsthaft funktionieren kann, wenn sie mit der Möglichkeit einhergeht, auch Anträge zu stellen und Finanzierung für Projekte zu erlangen.

gez.

Lena Odell
Barbara Likus
Christian Müller
Anne Hübner
Julia Schönfeld-Knor
Andreas Schuster

Fraktion SPD/Volt

Sebastian Weisenburger
Marion Lüttig
Nimet Gökmenoğlu
Clara Nitsche
Dr. Hannah Gerstenkorn

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, 05.12.2023

Kinder- und Jugendrechte stärken: Kinder- und Jugendeinwohnerversammlungen erproben und institutionalisieren

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, ab 2024 Pilotprojekte in ausgewählten Stadtvierteln zu unterstützen, welche die Durchführung von Kinder- und Jugendeinwohnerversammlungen für alle Einwohner*innen unter 18 Jahre am gleichen Tag und am selben Ort wie die regulären Bürgerversammlungen für Erwachsene anstreben. Die Einladung dazu erfolgt durch das Direktorium, analog zu den regulär jährlich stattfindenden Bürgerversammlungen. Die Umsetzung wird in ausgewählten Stadtvierteln wie z.B. Sendling und Schwanthalerhöhe erprobt.

Begründung

Derzeit wird die Rahmenkonzeption Kinder- und Jugendpartizipation erstellt. Hierbei soll laut Stadtratsbeschluss ein Fokus auf regionale Formate gelegt werden. Konkret wurde in der Beschlussvorlage „Partizipation 2.0“ beschlossen, dass „zusammen mit dem Kinder- und Jugendrathaus ein Format für Bürgerversammlungen in den Stadtbezirken für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren mit einem eigenen Antragsrecht“ zu entwickeln ist.

Ein konkreter Ansatz hierfür wäre, in jedem Stadtbezirk jährlich eine Kinder- und Jugend -Einwohner*innenversammlung parallel zu den Bürger*innenversammlungen für Erwachsene stattfinden zu lassen. Bisher werden entsprechende Formate von den ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der jeweiligen Bezirksausschüsse mit großem persönlichem Engagement organisiert. Dies wird zusätzlich zur regulären Arbeitslast der Beauftragten erbracht und ist somit stets abhängig davon, wie viele zeitliche und persönliche Ressourcen die Organisierenden aufbringen können. Nicht in allen Bezirken stehen ausreichend ehrenamtliche Kapazitäten zur Verfügung, um solche Formate durchgehend stattfinden zu lassen. In den vergangenen 12 Monaten wurden lediglich in 6 von 25 Bezirken Kinder- und Jugendeinwohnerversammlung durchgeführt.

Die Geschäftsstellen der Bezirksausschüsse verfügen bereits über gut etablierte Prozesse und Abläufe für die Organisation der Bürgerversammlungen. Es werden Einladungen an alle Haushalte eines Stadtbezirks per Postwurfsendung verschickt,

Ankündigungen in der Tagespresse veröffentlicht, ein Saal angemietet und entsprechend vorbereitet. Außerdem sind bereits Vertreter*innen der Referate und die Sitzungsleitung eingeladen. Die Durchführung einer Kinder- und Jugend-Einwohnerversammlung am gleichen Tag und Ort würde viele Synergien bündeln, wäre mit längerem Vorlauf im jeweiligen Viertel bekannt und wird dazu führen, dass sich mittelfristig die Partizipation der Kinder und Jugendlichen mit Leben füllt, fest etabliert und auf Augenhöhe stattfinden. Unseren Kindern und Jugendlichen würde in regelmäßiger und gerechter Weise die Möglichkeit gegeben, Demokratie und Teilhabe zu erlernen und zu leben. Um die Praktikabilität zu erproben, sollten zeitnah zwei Pilotprojekte durchgeführt werden. Die Stadtbezirke Sendling und Schwanthalerhöhe böten sich hier an. Wenn sich das Konzept dort als erfolgreich erweist, kann ein entsprechender Passus in die Rahmenkonzeption aufgenommen werden.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Initiative:

Sibylle Stöhr

Beppo Brem

Marion Lüttig

Judith Greif

Gudrun Lux

Thomas Niederbühl

Clara Nitsche

Ursula Harper

Andreas Vosseler

Nimet Gökmenoğlu

Sebastian Weisenburger

Anja Berger

Christian Smolka

Mitglieder des Stadtrates

SPD/Volt-Fraktion

Lena Odell

Barbara Likus

Andreas Schuster

Simone Burger

Mitglieder des Stadtrates

Michelle O'Reilly
Kinderbeauftragte des BA Sendling-Westpark

Sandra Tänzler
Jugendbeauftragte des BA Sendling-Westpark



Antrag:

Der Bezirksausschuss Sendling-Westpark fordert das Direktorium auf, eine professionell durchgeführte Kinder- und Jugendversammlung – ähnlich einer Bürgerversammlung - im Stadtbezirk abzuhalten.

Begründung:

Es ist erklärtes Ziel der Stadtverwaltung, Kindern und Jugendlichen Gehör zu verschaffen und eine demokratische Teilhabe zu ermöglichen. Bereits Kinder und Jugendliche können in die Lokalpolitik einbezogen und den Bezirksausschuss als Organ kennenlernen. Bei einer Kinder- und Jugendversammlung können die Kinder und Jugendlichen mithilfe von eigenen Anträgen ihre Anliegen und Meinungen zum Ausdruck bringen. Die von den Kindern und Jugendlichen beschlossenen Anträge werden dann durch den Bezirksausschuss weiterverfolgt.

Eine in Eigenregie durch den BA organisierte Einwohnerversammlung für Kinder und Jugendliche kann durch das ehrenamtlich tätige Gremium in der notwendigen Professionalität nicht durchgeführt werden.



Die Rechte des Kindes

Zusammenfassung der wichtigsten Artikel des Übereinkommens über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen vom 20. November 1989

1. Recht auf Gleichheit Kein Kind darf benachteiligt werden.



2. Recht auf Gesundheit



Kinder haben das Recht, gesund zu leben, Geborgenheit zu finden und keine Not zu leiden.



3. Recht auf Bildung Kinder haben das Recht, zu lernen und eine Ausbildung zu machen, die ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht.



4. Recht auf elterliche Fürsorge Kinder

haben ein Recht auf die Liebe und Fürsorge beider Eltern und auf ein sicheres Zuhause.



5. Recht auf

Privatsphäre und persönliche Ehre ~~Kinder haben ein Recht, dass ihr Privatleben~~ und ihre Würde geachtet werden.



6. Recht auf Meinungsäußerung, Information und Gehör

Kinder haben das Recht, bei allen Fragen, die sie betreffen, mitzubestimmen und zu sagen, was sie denken.

Sie haben das Recht, sich alle Informationen zu beschaffen, die sie brauchen, und ihre eigene Meinung zu verbreiten.



7. Recht auf Schutz im Krieg und auf der Flucht Kinder haben das Recht, im Krieg und auf der Flucht besonders geschützt zu werden.



8. Recht auf Schutz vor Ausbeutung,

Missbrauch und Gewalt Kinder haben das Recht auf Schutz vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung.



9. Recht auf Spiel, Freizeit, Ruhe und Kultur Kinder haben das Recht zu spielen, sich zu erholen und künstlerisch tätig zu sein.



10. Recht auf Betreuung bei Behinderung Behin-

derte Kinder haben das Recht auf besondere Fürsorge und Förderung, damit sie aktiv am Leben teilnehmen können.

Die Landeshauptstadt München erkennt diese Kinderrechte mit dem Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 24. Juli 2001 ausdrücklich an und bemüht sich auf allen Ebenen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen.

Wir sind München
für ein soziales Miteinander

Antrag an den Bezirksausschuss 6 für die Sitzung am 06.11.2023

Kinderrechte stärken - Partizipation auf Augenhöhe leben

Der Bezirksausschuss Sendling beschließt die Durchführung einer Kinder- und Jugendeinwohnerversammlung zusammen mit der nächsten Bürgerversammlung 2024 in Form eines Pilotprojekts. Die Versammlung soll für alle Bürger*innen des Viertels unter 18 Jahren am gleichen Tag nachmittags und am gleichen Ort wie jene für Erwachsene stattfinden. Die Organisation erfolgt durch das Direktorium, analog zur Bürgerversammlung.

Begründung:

Einmal jährlich soll in jedem Stadtbezirk eine Kinder- und Jugend -Einwohner-versammlungen stattfinden. Organisiert werden diese bisher von den ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der jeweiligen Bezirksausschüsse mit großem persönlichem Engagement. Dies wird zusätzlich zur regulären Arbeitslast der Beauftragten erbracht und ist somit stets abhängig davon, wieviel zeitliche und persönliche Ressourcen die Organisierenden aufbringen können. Dieser Usus ist unfair, weil er zu sehr auf den Schultern einzelner Beauftragter lastet. Insbesondere ist dies aber vor allem nicht gerecht, weil nicht regelmäßig für alle Kinder in allen 25 Bezirken eine Teilhabe ermöglicht wird. In den vergangenen 12 Monaten wurden in 6 von 25 Bezirken Kinder- und Jugendeinwohnerversammlung durchgeführt.

Die Geschäftsstellen der Bezirksausschüsse verfügen bereits über gut etablierte Prozesse und Abläufe für die Organisation der Bürgerversammlungen. Es werden Einladungen an alle Haushalte eines Stadtbezirks per Postwurfsendung verschickt, Ankündigungen in der Tagespresse veröffentlicht und ein Saal angemietet und entsprechend vorbereitet. Außerdem sind bereits Vertreter*innen der Referate und die Sitzungsleitung eingeladen. Die Durchführung einer Kinder- und Jugend-Einwohnerversammlung am gleichen Tag und Ort würde viele Synergien bündeln, wäre mit längerem Vorlauf im Viertel bekannt und wird dazu führen, dass sich mittelfristig die Partizipation der Kinder und Jugendlichen mit Leben füllt, fest etabliert und wie der Causa angemessen auf Augenhöhe stattfindet. Unseren Kindern und Jugendlichen würde endlich in regelmäßiger und gerechter Weise die Möglichkeit gegeben, Demokratie und Teilhabe zu erlernen und zu leben.

Initiative: Sahra Aboudarar



Fraktion im Bezirksausschuss
Schwanthalerhöhe

München, den 23.10.2023

Antrag an den Bezirksausschuss 08 Schwanthalerhöhe zur Sitzung am 07.11.2023

Kinderrechte stärken - Partizipation auf Augenhöhe leben

Der Bezirksausschuss Schwanthalerhöhe beschließt die Durchführung einer Kinder- und Jugendeinwohnerversammlung zusammen mit der nächsten Bürgerversammlung am 25. April 2024 in Form eines Pilotprojekts. Die Versammlung soll für alle Bürger*innen des Viertels unter 18 Jahren am gleichen Tag nachmittags und am gleichen Ort wie jene für Erwachsene stattfinden. Die Organisation erfolgt durch das Direktorium, analog zur Bürgerversammlung.

Begründung:

Einmal jährlich soll in jedem Stadtbezirk eine Kinder- und Jugend-Einwohner-versammlung stattfinden. Federführend organisiert wird diese bisher von den ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der jeweiligen Bezirksausschüsse mit großem persönlichen Engagement. Dies wird zusätzlich zur regulären Arbeitslast der Beauftragten erbracht und ist somit stets abhängig davon, wieviel zeitliche und persönliche Ressourcen die Organisierenden aufbringen können. Dieser Usus ist unfair, weil er zu sehr auf den Schultern einzelner Beauftragter lastet.

Insbesondere ist dies aber vor allem nicht gerecht, weil nicht regelmäßig für alle Kinder in allen 25 Bezirken eine Teilhabe ermöglicht wird. In den vergangenen 12 Monaten wurden in 6 von 25 Bezirken Kinder- und Jugendeinwohnerversammlung durchgeführt.

Die Geschäftsstellen der Bezirksausschüsse verfügen bereits über gut etablierte Prozesse und Abläufe für die Organisation der Bürgerversammlungen. Es werden Einladungen an alle Haushalte eines Stadtbezirks per Postwurfsendung verschickt, Ankündigungen in der Tagespresse veröffentlicht und ein Saal angemietet und entsprechend vorbereitet. Außerdem sind bereits Vertreter*innen der Referate und die Sitzungsleitung eingeladen. Die Durchführung einer Kinder- und Jugend-Einwohnerversammlung am gleichen Tag und Ort würde viele Synergien bündeln, wäre mit längerem Vorlauf im Viertel bekannt und wird dazu führen, dass sich mittelfristig die Partizipation der Kinder und Jugendlichen mit Leben füllt, fest etabliert und wie der Causa angemessen auf Augenhöhe stattfinden. Unseren Kindern und Jugendlichen würde endlich in regelmäßiger und gerechter Weise die Möglichkeit gegeben, Demokratie und Teilhabe zu erlernen und zu leben.

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Initiative: Michael Schelle

Michael Czisch, Manuela Diebolder, Daniel Günthör, Anja Kaiser, Florian Kraus,
Sarah Sehseln-Kozumplik, Sibylle Stöhr

München, den 30.01.2024

Antrag an den Bezirksausschuss 4 Schwabing West zur Sitzung am 28. 02. 2024

Teilnahme an dem Pilotprojekt der Durchführung einer Kinder- und Jugend-Einwohnerversammlung mit Unterstützung des Direktoriums

Der Bezirksausschuss Schwabing-West beschließt die Durchführung einer Kinder- und Jugendeinwohnerversammlung zusammen mit der nächsten Bürgerversammlung am 18.6.2024 in Form eines Pilotprojektes mit Unterstützung des Direktoriums. Die Versammlung soll für aller Bürger*innen des Viertels unter 18 Jahren am gleichen Tag nachmittags und am gleichen Ort wie jene für Erwachsene stattfinden. Die Organisation erfolgt durch das Direktorium, analog zur Bürgerversammlung.

Begründung

Einmal jährlich soll in jedem Stadtbezirk eine Kinder- und Jugendeinwohnerversammlung stattfinden. Federführend organisiert wird diese bisher von den ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der jeweiligen Bezirksausschüsse mit großem persönlichem Engagement. Dies wird zusätzlich zur regulären Arbeitslast der Beauftragten erbracht und ist somit stets abhängig davon, wie viel zeitliche und persönliche Ressourcen die Organisierenden aufbringen können. Diese Situation ist aber nicht gerecht, weil sie zu sehr auf den Schultern einzelner Beauftragter lastet und weil nicht regelmäßig für alle Kinder und Jugendlichen in allen 25 Stadtbezirken eine Teilhabe ermöglicht wird.

Die Geschäftsstellen der Bezirksausschüsse verfügen bereits über gut etablierte Prozesse und Abläufe für die Organisation der Bürgerversammlung. Es werden Einladungen an alle Haushalte eines Bezirks per Postwurfsendung versendet, Ankündigungen in der Tagespresse veröffentlicht, es wird ein Saal angemietet und entsprechend vorbereitet. Außerdem sind bereits Vertreter*innen der Referate und die Sitzungsleitung eingeladen. Die Durchführung einer Kinder- und Jugendeinwohnerversammlung am gleichen Tag und Ort würde viele Synergien bündeln und wird dazu führen, dass sich mittelfristig die Partizipation mit Leben füllt und fest etabliert. Unseren Kindern und Jugendlichen würde in regelmäßiger Weise die Möglichkeit gegeben, Demokratie und Teilhabe zu erlernen und erleben. Wir können so die Möglichkeit einer adäquaten Beteiligung dieser Zielgruppen sicherstellen und demokratiefördernd wirken.

Für die Arbeitsgruppe zur Kinder- und Jugendeinwohnerversammlung:

Christl Feiler, Gabi Graswald-Vidovic, Dr. Johannes Leuschner, Christine Müller, Verena Panahi Talkhestani



Geschäftsstelle für den Bezirksausschuss 14
Friedenstraße 40
81660 München

12.04.2024

Antrag: Kinderrechte stärken - Partizipation auf Augenhöhe leben

Der Bezirksausschuss möge beschließen:

Ab 2025 soll eine Kinder- und Jugend-Einwohnerversammlung zusammen mit der Bürgerversammlung in Form eines Pilotprojekts im Bezirk 14 Berg am Laim durchgeführt werden. Die Versammlung soll für alle Bürger*innen des Viertels unter 18 Jahren am gleichen Tag nachmittags und am gleichen Ort wie jene für Erwachsene stattfinden. Die Organisation erfolgt durch das Direktorium, analog zur Bürger*innenversammlung.

Zudem ist uns bekannt, dass im BA 8 Schwanthaler Höhe demnächst eine Kinder- und Jugendversammlung stattfinden wird. Wir bitten dazu um einen Bericht.

Begründung:

Mit der Einführung eines Kinder- und Jugendrathauses soll die Partizipation für Kinder und Jugendliche verstärkt werden. Dazu gehört auch eine größere Beteiligung in ihrem jeweiligen Stadtbezirk mit einer Kinder- und Jugend-Einwohnerversammlung. Die ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der jeweiligen Bezirksausschüsse sind mit dieser Aufgabe überlastet. Die Geschäftsstellen der Bezirksausschüsse verfügen bereits über gut etablierte Prozesse und Abläufe für die Organisation der Bürgerversammlungen. Es werden Einladungen an alle Haushalte eines Stadtbezirks per Postwurfsendung verschickt, Ankündigungen in der Tagespresse veröffentlicht und ein Saal angemietet und entsprechend vorbereitet. Außerdem sind bereits Vertreter*innen der Referate und die Sitzungsleitung eingeladen. Die Durchführung einer Kinder- und Jugend-Einwohnerversammlung am gleichen Tag und Ort würde viele Synergien bündeln, wäre mit längerem Vorlauf im Viertel bekannt und wird dazu führen, dass sich mittelfristig die Partizipation der Kinder und Jugendlichen mit Leben füllt, fest etabliert und angemessen auf Augenhöhe stattfindet. Unseren Kindern und Jugendlichen würde endlich in regelmäßiger und gerechter Weise die Möglichkeit gegeben, Demokratie und Teilhabe zu erlernen und zu leben.

Kinder- und Jugendbeauftragte des Bezirksausschusses 24 Feldmoching - Hasenberg

der Landeshauptstadt München

Landeshauptstadt München, BA 24 Geschäftsstelle München-Nord
Hanauerstr. 1, 80992 München



An den
Bezirksausschuss des 24. Stadtbezirks
Feldmoching-Hasenberg
Dr. Rainer Großmann
Hanauerstr. 1

80992 München

Kinder- und Jugendbeauftragte:
Gerlinde Dunzinger

Riemerschmidstr. 22
80933 München
Tel. Nr. 089 / 357 47 226

Geschäftsstelle:

BA-Geschäftsstelle Nord
Hanauerstr. 1
80992 München
Telefon: 089 233-28562
ba24@muenchen.de

28. August 2024

Antrag:

Der Bezirksausschuss 24 Feldmoching-Hasenberg bewirbt sich bei der Landeshauptstadt München, Kinder- und Jugendrathaus, Büro Bürgermeisterin Verena Dietl, für das Pilotprojekt zur Durchführung einer Kinder- und Jugendversammlung im 24. Stadtbezirk.

Die Veranstaltung soll nicht unmittelbar vor der Bürgerversammlung im Herbst 2025 stattfinden, sondern bereits im Frühjahr 2025.

Begründung:

Alle Kinder- und Jugendlichen aus dem 24. Stadtbezirk sollen die Gelegenheit bekommen, ihre Probleme, Wünsche, Ideen und Lösungsvorschläge vorzutragen und entsprechende Anträge abzugeben.

Eine Veranstaltung nachmittags am Tag der Bürgerversammlung, die erst im Herbst 2025 stattfinden wird, wäre dafür nicht geeignet, da sich ein Großteil der Kinder- und Jugendlichen in diesem Zeitraum noch in der Ganztagschule bzw. Kita aufhält.

Ziel ist es, möglichst viele Kinder- und Jugendliche aus dem 24. Stadtbezirk zu erreichen, um ihnen auch die Möglichkeit zu einer Diskussion untereinander zu geben. Ein Termin im Frühjahr 2025 wäre sinnvoll, ein Teil der Anliegen könnte noch bis Schuljahresende 2024/25 vom Kinder- und Jugendrathaus bzw. den entsprechenden Referaten bearbeitet werden.

Gerlinde Dunzinger

Mitglied des
Bezirksausschusses 24 Feldmoching-Hasenberg
Kinder- und Jugendbeauftragte

Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg

An das Büro der Bürgermeisterin Verena Dietl, Kinder- und Jugendrathaus der LH München

Antrag zur Durchführung einer Jugendversammlung mit Unterstützung des Kinder- und Jugendrathaus

Antrag:

Der Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg beantragt bei der Landeshauptstadt München, Kinder- und Jugendrathaus, Büro Bürgermeisterin Verena Dietl, die Unterstützung zur Durchführung einer Kinder- und Jugendversammlung im 9. Stadtbezirk. Diese Veranstaltung soll noch in der laufenden Wahlperiode stattfinden, um den Kindern und Jugendlichen des Bezirks eine Plattform zu bieten, ihre Anliegen und Ideen einzubringen. Dabei sollen die Strukturen des REGSAM (Regionaler Schulterschluss von Akteur*innen und Einrichtungen der sozialen Arbeit und Migration) genutzt werden, um eine breite Beteiligung und Unterstützung aus dem Umfeld zu gewährleisten.

Begründung:

Der 9. Stadtbezirk Neuhausen-Nymphenburg wächst. Die steigende Zahl von Neubauten und die zunehmende Einwohner*innenzahl führen zu einer Reihe von sozialen und infrastrukturellen Herausforderungen. Viele Kinder und Jugendliche stehen vor Problemen, die ihren Alltag und ihre Zukunft betreffen, wie überfüllte Schulen und immer wieder auch Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum. Zudem gibt es bei einigen Jugendlichen das Gefühl, dass ihre Anliegen und Wünsche nicht ausreichend gehört und berücksichtigt werden.

Durch die Durchführung einer Kinder- und Jugendversammlung wird eine wertvolle Plattform geschaffen, auf der diese jungen Menschen ihre Sorgen und Ideen äußern können. Dies wird nicht nur dazu beitragen, aktuelle Probleme zu identifizieren und zu lösen, sondern auch die Beteiligung und das Engagement der Jugendlichen im Bezirk zu fördern. Die Nutzung der Strukturen des REGSAM ermöglicht es, die Veranstaltung breit zu unterstützen und eine Vielzahl von Akteur*innen und Einrichtungen einzubeziehen, die bereits aktiv im sozialen Bereich des Bezirks tätig sind.

Initiative: Seija Knorr-Köning